

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit großer Freude habe ich in dieser Woche im Rahmen meiner Arbeit in der Kinderkommission des Deutschen Bundestages die Möglichkeit genutzt, mit jungen Menschen über das Internet - im sogenannten "Chatroom" - Kontakt aufzunehmen und mit ihnen über "Beteiligungsmöglichkeiten" zu diskutieren.

Die Beteiligung in dieser Chat-Stunde war recht groß und zeigte mir, daß sich viele junge Menschen gern engagieren und einbringen würden, wenn es dafür auch die entsprechenden Möglichkeiten - auf Schul-, kommunaler oder auch Landes- und Bundesebene- gäbe.

Es war sehr interessant, über die unterschiedlichen Möglichkeiten in den einzelnen Bundesländern Informationen zu erhalten, gute Projekte kennenzulernen und sich einfach mal auszutauschen. Es ist wichtig, Kinder frühzeitig in sie betreffende Entscheidungen mit einzubinden. Oftmals sind "ihre" Lösungsvorschläge praktikabler und auch kostengünstiger. Wir sollten sie anhören und beteiligen: beim Bau von Schuhöfen, Straßen-, Spiel- und Sportplätzen und bei vielem anderen mehr. (Mehr Infos über die Online-Konferenz der KIKO unter www.bundestag.de, Rubrik "Aktuelles")

IF

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Mit klaren Alternativen in die Gespräche mit der Bundesregierung ...S.2

Fraktion legt eigenes Reformgesetz vor ...S.3

Bundesregierung bleibt solide Finanzierung bisher schuldig ...S.4

Pleitewelle ebbt nicht ab ...S.5

Keine Frühjahrsbelebung in der Baubranche ...S.6

Rekord bei Jugendarbeitslosigkeit ...S.6

Bizarrer IG-Metall-Streik ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Mit klaren Alternativen in die Gespräche mit der Bundesregierung



►► Die Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind vom CDU-Bundesvorstand auf dessen Klausurtagung uneingeschränkt bestätigt worden. Angesichts des bisherigen Scheiterns der rot-grünen Gesundheitspolitik setzt die Union auf ein eigenes Konzept, das sowohl die Finanzierungs- wie die Leistungsseite der GKV umfasst. Wesentliche Punkte sind:

- Die Ablehnung des zentralen Steuerungsinstrumentes der Schmidt'schen Staatsmedizin, des sogenannten „Instituts für Qualität in der Medizin“. Das individuelle Patienten-Arzt-Verhältnis muss geschützter Kernbereich der Gesundheitsversorgung bleiben.
- Eine verlässliche Senkung der Beitragssätze auf 13% und die Festschreibung des Arbeitgeberanteils – statt der rot-grünen Verschiebeaktion beim Krankengeld.
- Der Umstieg auf eine private Pflichtversicherung für den Zahnersatz mit risiko- und altersunabhängigen Beiträgen. Eine allgemeine Selbstbeteiligung mit Deckelung, um untere Einkommen nicht zu überlasten – statt der bevormundenden, kontraproduktiven Zuzahlungspläne der Regierung.
- Mehr Leistungsanreize für die Ärzte durch leistungsorientierte Honorierung und Öffnung für Direktverträge zwischen Kassen und Ärztegruppen – nicht jedoch die Zerschlagung der niedergelassenen Fachärzteschaft durch staatliche Zulassungssteuerung und Verhandlungsübermacht der wettbewerbsgeschützten gesetzlichen Kassen.

Ingrid Fischbach: "Wir gehen trotz der erheblichen Unterschiede zu Rot-Grün konstruktiv in die Gespräche mit der Koalition, weil wir versuchen wollen, nach den Erfolgen bei den Hartz-Gesetzen und dem „Steuervergünstigungsabbaugesetz“ auch in der Gesundheitspolitik wichtige Änderungen zugunsten

der Patienten und Versicherten zu erreichen. Falsche Weichenstellungen wollen wir verhindern, faule Kompromisse werden wir nicht mittragen. Die Regierungsseite steht in der Pflicht, nachzuweisen, wie sie die Beiträge verlässlich auf 13% senken will. Das sollte bei jeder Gelegenheit deutlich gemacht werden." <<<



Fraktion legt eigenes Reformgesetz vor

▶▶ Seit dem 14. März ist nun schon über ein Vierteljahr vergangen, ohne dass die Bundesregierung irgendetwas zum Positiven in der Arbeitsmarktpolitik bewegt hätte. Der Streik der IG Metall in Ostdeutschland um die 35-Stunden-Woche verschärft die schwere Beschäftigungskrise in Deutschland. Um in dieser Situation die Reichweite der Reformvorschläge der Union zu allen wichtigen Feldern der Arbeitsmarktpolitik deutlich zu machen, hat die Fraktion ein umfassendes Modernisierungsgesetz erarbeitet:

- Betriebliche Bündnisse für Arbeit werden erstmals gesetzlich verankert, ohne dass die Gewerkschaften sinnvolle Lösungen vor Ort verhindern können.
- Die Marktzutrittsschwellen werden durch eine weitreichende Änderung des Kündigungsschutzes gesenkt.
- Die Lohnnebenkosten werden durch eine Reform der Arbeitslosenversicherung und eine Abkehr von der bisher üblichen aktiven Arbeitsmarktpolitik auf gesetzlich festgelegte 5% gesenkt.
- Alle Maßnahmen, die den vorgezogenen Ruhestand erleichtern, werden abgeschafft.
- Die Regelungen zu Zeitarbeit, zur Teilzeit und zu befristeten Arbeitsverhältnissen werden liberalisiert und wieder auf mehr statt weniger Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet.



Wußten Sie schon,

... dass die Deutschen 500 Milliarden Kilometer jährlich im Auto zurücklegen? Sechsmal mehr als 1960. Über 40 Prozent davon im Freizeitverkehr. Die Zahl der PKW verzehnfachte sich seither auf 45 Millionen, die Autobahnen wuchsen von 2670 auf rund 12000 Kilometer.

- Das Betriebsverfassungsgesetz wird so umgestaltet, dass die Lasten insbesondere für die kleineren und mittleren Betriebe gesenkt werden und die Macht der Gewerkschaftsfunktionäre zurückgenommen wird. ◀◀



Bundesregierung bleibt solide Finanzierung bisher schuldig

▶▶ Die Debatte um das Vorziehen der Steuerstufe ist von der Bundesregierung erkennbar als großes Täuschungsmanöver angelegt:

Erstens soll von den koalitionsinternen Auseinandersetzungen um die Aufstellung des Haushalts 2004 und dessen riesige Finanzierungslücken abgelenkt werden, indem das Augenmerk von einem Bereich mit ausschließlich negativem Vorzeichen auf ein „Verheißungsthema“ gerichtet wird.

Zweitens wird die Rechtfertigung dafür vorbereitet, dass die Bundesregierung entweder die Verschuldung auch im dritten Jahr verfassungs- und Maastricht-widrig ausweiten kann – oder durch dauerhafte Steuererhöhungen die Steuerstufen 2004/2005 bezahlen kann, die zwar schon versprochen, aber schon länger nicht mehr seriös finanziert waren – oder aber mit einer Kombination aus Verschuldung und Steuererhöhung die Zusammenhänge insgesamt zu verwischen.

In dieser Situation kommt es für uns darauf an,

- erstens zu betonen, dass wir jede seriös finanzierte Steuer-senkung nicht nur mittragen, sondern ausdrücklich einfordern,
- zweitens uns nicht vorweg für Lösungen in Mithaftung nehmen lassen, die am Ende dem Bürger nicht mehr, sondern weniger in der Tasche lassen – indem wir von der Bundesregierung die Vorlage eines konkreten Finanzierungskon-

zeptes einfordern, das wir dann anhand seiner nachhaltigen Entlastungswirkung beurteilen,

- drittens unsere Rolle als Wächter über den versprochenen Konsolidierungskurs wahrnehmen - indem wir auf die unabhängig von der Steuerfrage vorhandenen Haushaltslücken und unseriösen Annahmen zu Wachstum und Beschäftigung hinweisen und Schröder nicht einen lediglich „passenden“ Haushalt durchgehen lassen.
- viertens unsere eigene Antwort zur Frage von Steuersenkungen jenseits der rot-grünen Stufen 2004/2005 zu konkretisieren und ein langfristiges Konzept für eine große Steuerreform zu entwickeln. ◀◀



Pleitewelle ebbt nicht ab

▶▶ Laut Statistischem Bundesamt wurden zwischen Januar und März 24.378 Pleiten von Firmen und Privatleuten registriert. Dies waren 27% mehr als im Vorjahreszeitraum. Mit 9747 Unternehmenspleiten wurde der höchste Stand in einem ersten Quartal und der zweithöchste Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. Zum Vorjahreszeitraum stiegen die Firmeninsolvenzen um 9,4%. (Quelle: AFP 18.6.2003) ◀◀

Keine Frühjahrsbelebung in der Baubranche

▶▶ Im April verzeichnete das Baugewerbe erneut einen deutlichen Rückgang bei Auftragseingang und Umsatz. Laut Statistischem Bundesamt brachen die Aufträge im Vergleich zum Vorjahr um 14,5% ein. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich um 102.500 auf 795.000 Mitarbeiter (-11,4%). Der April-Umsatz lag um 5,4% unter dem Vorjahresstand. Von Januar bis April 2003 brachen die Auftragseingänge um 14,8% ein. Der



Spruch der Woche

"In Wahljahren wirst du belogen. Wer sehen wollte, wusste, was auf uns zukam."

Oswald Metzger,
früherer Haushaltsexperte
der Grünen, vor dem
Lügenausschuss des
Bundestages

Umsatz lag im ersten Quartal um 10,4% unter dem Niveau des Vorjahres. (Quelle: AP 24.6.2003) <<<



Rekord bei Jugendarbeitslosigkeit

▶▶ Mit 486.200 erreichte die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Mai den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung und lag um 7% über der des Vorjahres. Zudem befanden sich im Mai weitere 558.000 junge Menschen in verschiedenen Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktförderung. Das bedeutet: Über eine Million Jugendliche unter 25 Jahren haben derzeit keine reguläre Beschäftigung! (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit) <<<

Bizarrer IG-Metall-Streik

▶▶ Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, wie das Festhalten an alten ideologischen Zielen dem Standort Deutschland schadet, dann hat ihn die IG-Metall spätestens mit ihrem Streik für die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland erbracht. In vielen bestreikten Betrieben sind nur noch 10% der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert; trotzdem maßt sich die Gewerkschaft an, für die gesamte Belegschaft zu sprechen und bläst zum Arbeitskampf. Da viele ostdeutsche Kollegen um die schwierige Lage ihrer Betriebe wissen, wollen sie trotzdem arbeiten. Und was geschieht: Westgewerkschafter blockieren Ost-Betriebe. Inzwischen muss in westdeutschen Auto-Fabriken die Produktion zeitweise eingestellt werden, weil die Zulieferung ausbleibt. Ergebnis: Die Unternehmen denken darüber nach, sich andere Zulieferer zu suchen. Kurz: Gewisse Gewerkschafts-Ideologen verfolgen rücksichtslos ihre sozialromantischen Ziele – auf der Strecke bleiben dabei Wachstum, Arbeitsplätze und der ostdeutsche Produktionsstandort. <<<



... das Allerletzte!

Eigentlich hatte Cargolifter hochfliegende Pläne. Im brandenburgischen Brand errichtete das Unternehmen eine riesige Halle, in der es Luftschiffe bauen wollte. Doch nach der Pleite soll die Halle an eine britisch-malaysische Investorengruppe verkauft werden. Sie will dort ein Tropenparadies erschaffen mit Salzwasserlagune, Sandstränden und Regenwald. Kosten: rund 120 Millionen Euro. Der Verkauf der Halle soll rund 20 Millionen Euro einbringen, so der Insolvenzverwalter.